



In der Klimakrise sind nicht alle gleich

Die Erderhitzung kennt keine nationalen Grenzen. Wir alle sind von der Klimakrise betroffen und sitzen dennoch nicht im selben Boot. Einige haben Yachten, andere nur ein Kanu, und wieder andere sind am Ertrinken. Die Mittel und Möglichkeiten, mit den veränderten Umweltbedingungen umzugehen und sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen, sind sehr ungleich verteilt. Dabei haben jene Menschen und Regionen, die am stärksten unter den Klimafolgen zu leiden haben, oft am wenigsten dazu beigetragen. Eine intersektionale Perspektive macht sich zur Aufgabe, genau solche Ungleichheiten aufzudecken.

Text: Karin Fischer

Länder mit hohem Einkommen, so auch Österreich, sind in ihrer Gesamtheit „Externalisierungsgesellschaften“: Sie lagern die ökologischen Kosten und Lasten ihrer Lebensweise in relativ ärmere Gesellschaften aus. In importierter Kleidung, Elektronik, Nahrung u.v.m. steckt meist billige und oftmals entrechtete Arbeit. Am Ort der Rohstoffextraktion und Produktion entstehen Emissionen, wird Umwelt verschmutzt und verbraucht. Wir sind „hinter unserem Rücken“ in

eine globale Ungleichheitsordnung eingesponnen, in der die Vor- und Nachteile der Ressourcennutzung extrem ungleich verteilt sind. Eine intersektionale Perspektive will diese Ungleichheiten sichtbar machen und die gewonnenen Einsichten bei der Problemdefinition und Formulierung von Klimaschutzmaßnahmen einbringen.

Was heißt intersektional?

Eine intersektionale Analyse fragt danach, wie verschiedene Kategorien

sozialer Ungleichheit miteinander verflochten sind. Denn Ungleichheitsdimensionen wie Klasse, Geschlecht, Ethnizität, Rasse, Nationalität, Alter, körperliche Fähigkeit etc. wirken jeweils für sich und im Zusammenspiel mit anderen. Durch Überkreuzung können sich Ausgrenzung und Benachteiligung, aber auch Privilegien verstärken oder abschwächen. Zum Beispiel verstärken sich in vielen Gesellschaften Geschlechterungleichheit und ökonomische Ungleichheit wech-

selseitig. Geschlechteridentitäten liefern die ideologische Rechtfertigung für wirtschaftliche Ungleichbehandlung, und wirtschaftliche Ungleichheit veranlasst Menschen, Unterschiede zwischen Geschlechtern als „gegeben“ und „natürlich“ anzunehmen. Auf ähnliche Weise interagieren rassistische Hierarchien mit Geschlecht, sozialer Klasse, Staatsbürgerschaft oder Religion und schaffen so neue und ganz eigene Arten von Diskriminierung oder Ausschluss. Ungleichheitsstrukturen und Machtverhältnisse prägen die Handlungsspielräume sozialer Gruppen auch im Umgang mit den Folgen der Klimakrise. Intersektionalität ist eng mit dem Konzept der Umweltgerechtigkeit verknüpft. Beide entstammen sozialen Bewegungen in den USA: Im einen Fall waren es afroamerikanische Feministinnen, die auf die mehrfache Benachteiligung schwarzer Frauen am Arbeitsplatz aufmerksam machten, im anderen Fall Umweltbewegungen, die gegen die rassistische Verteilung von Umweltgefahren protestierten. Denn Giftmüll wird dort gelagert, wo vorwiegend Schwarze und People of Color leben.

Ungleichheit in Klimakrise

Die Klimakrise trifft bestimmte soziale Gruppen überproportional stark. Zum Beispiel sind Menschen, die wegen ihrer Nationalität oder Hautfarbe am Wohnungsmarkt diskriminiert sind, meist auf energetisch nicht sanierte Wohnungen verwiesen. Der Australian Council of Social Service stellte kürzlich fest, dass fast 90 Prozent der Sozialhilfeempfänger:innen ihre Wohnung im Sommer nicht kühlen können. Selbst diejenigen, die über eine Klimaanlage verfügen, stellen sie nicht an, weil sie zu teuer ist. Fast jeder: Dritte musste wegen Hitzestress ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen waren am stärksten betroffen. Ein

Beispiel aus einer globalen Produktions- und Konsumkette nimmt die Sojaproduktion in Argentinien zum Ausgangspunkt. Dort wird unter massivem Pestizideinsatz Soja für den Export angebaut. In Monte Maíz in der Provinz Córdoba ist die Zahl der Fehlgeburten und spontanen Abgänge doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt, Lungenerkrankungen kommen dreimal öfter vor. Dort sind es vor allem Landlose, kleinbäuerliche Familien und indigene Gemeinschaften, die gesellschaftlich marginalisiert sind und von den wachsenden Sojafeldern

Die Klimakrise trifft bestimmte soziale Gruppen überproportional stark.

eingeschlossen oder verdrängt werden. Während am anderen Ende der Produktionskette Soja an Tiere verfüttert wird, sind diese Menschen massiven Gesundheitsschäden ausgesetzt. Die Klimakrise ist nicht geschlechtsneutral. Eine intersektionale feministische Perspektive vermeidet es aber, Stereotype zu reproduzieren, etwa Frauen einseitig als Opfer zu betrachten oder Frauen eine besondere Rolle bei der Umweltverantwortung zuzuschreiben. Ein intersektionaler Zugang differenziert die Kategorie „Frau“ und analysiert Klimavulnerabilität im Kontext lokaler Machtstrukturen und politischer Repräsentation. Eine Studie zu Indien verdeutlicht etwa, dass eine erhöhte Klimavulnerabilität von Frauen erst im Zusammenspiel mit Klasse bzw. Kaste und Ethnizität wirksam wird. Klimakatastrophenforschung zeigt wiederum, dass Frauen größeren Gesundheits- und Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind als Männer, wenn Wasserversorgung und Abwassersysteme beeinträchtigt sind. Katastrophen fördern zudem eine (Re-)Traditionalisierung von Ge-

schlechterrollen. Bei der Elbeflut 2002 etwa wurde eine bestimmte Form der Maskulinität (re-)produziert.

Klimapolitik keine Gießkanne

Intersektionale Klimaforschung will nicht nur unterschiedliche Verwundbarkeiten aufzeigen. Sie will auch zu einer besseren Problemlösung beitragen. Oft schaffen Maßnahmen, die eigentlich zum Klimaschutz beitragen sollen, weitere Ungleichheit. So können etwa strengere Umweltauflagen zu Verlagerungen führen, die am Ort der Produktion Nachhaltigkeitsprobleme verursachen und global gesehen zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen führen, auch wenn heimische Emissionen stagnieren oder sogar zurückgehen. Finanzielle Förderung für die thermische Sanierung von Häusern kommt nur einer bestimmten sozialen Schicht zu Gute und kann dazu führen, dass leistbarer Wohnraum für Haushalte mit geringem Einkommen verloren geht. Ungleichheitsverhältnisse können sich so verstärken und die Bewältigung der Klimakrise behindern. Eine intersektionale Gestaltungsperspektive setzt die Wirkung von Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, national, global) und für unterschiedliche soziale Gruppen miteinander in Bezug. Dazu gehört auch, den Betroffenen zuzuhören. Nur so ist gewährleistet, dass Probleme auf dem Weg zu einem klimafreundlichen Leben ganzheitlich und komplementär angegangen werden.

Die Autorin



Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Fischer ist Leiterin des Arbeitsbereiches der Globalen Soziologie und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der Johannes Kepler Universität Linz.